

Der tägliche Zustand, in den unsere Ernährungsverhältnisse geraten sind, wird hoffentlich dazu beitragen, daß unsere Behörden bei ihren kriegswirtschaftlichen Maßnahmen von nun ab besser beaufsichtigt werden. Es wird nicht mehr bei gelegentlichen Beschwerden im Parlament das Bewenden haben dürfen. Wir werden von unseren Abgeordneten verlangen müssen, daß sie von nun ab jede Lebensmittelmaßnahme sehr genau prüfen und daß wenigstens die Bewirtschaftung der Lebensmittel sich in vollster Öffentlichkeit vollzieht. Wäre dieser Weg seit Eröffnung des Parlamentes eingeschlagen worden und wären nicht bis in letzter Zeit die wichtigsten Ziffern unseres Ernährungshaushaltes als Staatsgeheimnis behandelt worden, die Mißwirtschaft, die schließlich zur Kürzung der Mehlquote geführt hat, wäre nicht möglich gewesen. Die allgemeine Entrüstung hätte sie abgestellt, ehe es zu spät war.

Was der Vizepräsident des Ernährungsamtes, Ministerialrat von Löwensfeld-Ruß während des Aufenthaltes im Ernährungsamte den Pressevertretern mitgeteilt hat, wirft ein blyartiges Licht auf Vorgänge, die man nur als bedenklich bezeichnen kann. Aus seinen Mitteilungen ging hervor, daß der österreichische Requisitionsdienst von der Ernte des Jahres 1917 bis zur zweiten Jännerwoche nicht mehr als 56 Millionen Meterzentner Brotgetreide (Weizen, Roggen und Gerste) für den Bedarf der Nichtselbstversorger aufgebracht hat. Da wir wegen der knappen Ernte des Jahres 1916 schon im August des Vorjahres Getreide der neuen Ernte essen mußten, waren bis zur zweiten Jännerwoche rund 23 Wochen, also fast die Hälfte des Versorgungsjahres verfloßen. Die Nichtselbstversorger, das sind diejenigen Staatsbürger, die nicht das selbstgebaute Brot des eigenen Grund und Bodens essen, haben also in einem halben Jahre 56 Meterzentner Brotgetreide aufgegessen. Hierzu ist die bisher um nicht ganz ein Drittel größere Quote der Selbstversorger hinzuzurechnen, so daß sich als Gesamtverbrauch der Bevölkerung Österreichs bis zur zweiten Jännerwoche rund dreizehn Millionen Meterzentner ergeben.

Dem steht gegenüber, daß wir in Österreich im Frieden an Weizen, Roggen und Gerste in den schlechtesten Jahren mindestens fünfzig Millionen Meterzentner ernteten. Nehmen wir an, daß die Kriegsernte des Jahres 1917 wegen Mangel an Dünger, Arbeitskräften und Bespannung um ein volles Drittel geringer war als die schlechteste Friedens-ernte — Ziffern über den wirklichen Ausfall der Ernte des Jahres 1917 stehen uns nicht zur Verfügung — so würde sie sich auf rund dreißig Millionen Meterzentner belaufen. Davon sind, der amtlichen Mitteilung zufolge, bisher nur dreizehn Millionen Meterzentner verzehrt worden. Würde man die Selbstversorger und die Nichtselbstversorger im ungekürzten Genuß der vollen Quote bis zum Ende des Versorgungsjahres lassen, so würden sie etwa 28 Millionen Meterzentner verzehren, also noch immer um fünf Millionen weniger als nach unserer Annahme geerntet wurden. Daß wir weniger geerntet haben, können wir nach der Begeisterung unseres Ackerbauministeriums, dessen Leiter ja vor den Bauernfrauen niederknien wollte, nicht annehmen. Es wäre danach unbegreiflich, daß sowohl den Selbstversorger als den Nichtselbstversorgern die Quote gekürzt werden muß, um so mehr als wie bekannt gegeben worden ist für unsere Ernährung bisher sowohl ungarische als auch rumänische Zuschüsse zur Verfügung standen.

In Wirklichkeit ist aber alles nur zu klar. Es ist amtlich zugegeben worden, daß die Bauern im Verein mit den kleinen Lohnmüllereien, in denen sie ihr Getreide zu Mehl vermahlen ließen, fortwährend Mehl unterschlagen. Dieses Mehl geht zum Teil durch den Schleichhandel in die Vorratskammern der wohlhabenden Gutsbesitzer, die Preise zwischen 12 und 20 K für das Kilogramm bezahlen können. Der andere Teil wird entgegen der Verordnung veräußert. Wie groß der Umfang des Schleichhandels ist, davon geben die aus der Ernte des Jahres 1917 verschwindenden fünf Millionen Getreidemeterzentner annähernd ein Bild. Die Zensurbehörden werden aber wahrscheinlich auch weiterhin geneigt sein, Mitteilungen des „Abend“ über den Schleichhandel als unpatriotische Aufreizung zu betrachten.